Eine «ganz natürliche» Beziehung: Slowenische Werbung für in Jugoslawien produziertes Rivella, 1968. FOTO: NARODNA IN UNIVERZITETNA KNJIŽNICA LJUBLJANA, URN:NBN:SI:IMG-L4MMC4UO / MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG DER © RIVELLA AG

SCHWEIZ–JUGOSLAWIEN IM KALTEN KRIEG

Vergessener Geistesverwandter auf dem Balkan

Wofür konnten sich um 1980 Schweizer Linke, Militärstrategen und die Exportwirtschaft begeistern? Für das sozialistische Jugoslawien. Ein Vorabdruck aus dem neuen Buch des WOZ-Autors Thomas Bürgisser, das die historischen Verflechtungen zwischen der Schweiz und dem Vielvölkerstaat nachzeichnet.

VON THOMAS BÜRGISSER

Sozialismus in der Schweiz – wie könnte das aussehen? An der Tagung der Sozialdemokratischen Partei, die im Juni 1980 im Berner Volkshaus abgehalten wurde, war klar, dass der «industrialisierte Sozial-Zarismus der Sowjetunion» kein Vorbild sein konnte. Dennoch sollte das neue SP-Parteiprogramm Alternativen zum «wohlfahrtsstaatlich wattierten Kapitalismus des Westens» aufzeigen. Für den Referenten Arnold Künzli stand fest, «dass Sozialismus heute in entwickelten Gesellschaften nur in Form einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung denkbar und möglich ist». «Selbstverwaltung», das war damals die Losung der linken Jugend- und Protestkultur. Für Künzli, den Basler Philosophieprofessor, gab es «auf politischem Gebiete kaum etwas authentischer Schweizerisches als den Gedanken der Selbstverwaltung»: von der «Eid-Genossenschaft» der Waldstätte und der Allmend über Föderalismus und Gemeindeautonomie zur direkten Demokratie, zu Wohn-, Haus- und Siedlungsgemeinschaften, Genossenschaften und Konsumvereinen.

Für Künzli und die Gruppe von Intellektuellen um den Oltner Schriftsteller Otto F. Walter, die den Entwurf des Parteiprogramms ausgearbeitet hatte, war die Selbstverwaltung «nicht nur Fernziel», sondern «eine Methode, die hier und heute begonnen und praktiziert werden soll». Auf die damaligen Diskussionen spielte im Herbst 2010 die «Weltwoche» an, als sie zu einer Polemik gegen das kurz zuvor verabschiedete neue SP-Parteiprogramm ausholte. Das darin formulierte Ziel einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie klang auch innerhalb der Partei manchen zu extrem. Im bürgerlichen Lager spottet man bis heute über die Losung von der Überwindung des Kapitalismus. Nicht mit dem viel zitierten «Moskau einfach» der Kalten KriegerInnen wollte «Weltwoche»-Autor Urs Paul Engeler 2010 die BefürworterInnen «helvetischer Kolchosen» ins Pfefferland wünschen, sondern mit dem «Marsch nach Jugoslawien». Jugoslawien?

Tatsächlich wurde im Selbstverwaltungsboom um 1980 – von ihm zeugt auch die Gründung der Zeitung, die Sie in den Händen halten – oftmals auf das politische System im sozialistischen Balkanland Bezug genommen. Das Experiment eines «dritten Weges», das Marschall Tito nach dem Bruch mit Stalin 1948 lanciert hatte, war damals für undogmatische Linke in ganz Europa – und vielleicht besonders in der Schweiz – von erheblichem Interesse.

1948 war es aus machtpolitischem Kalkül innerhalb des sozialistischen Lagers zum offenen Konflikt zwischen Belgrad und Moskau gekommen. Jugoslawien wurde aus der Familie der «Volksdemokratien» Osteuropas, die dem Willen der sowjetischen Parteiführung unterworfen wurden, verstossen. Der Autokrat Tito und seine Verbündeten waren flexibel genug, um sich im aufziehenden Kalten Krieg an den USA zu orientieren. Ihr Trumpf war die strategische Bedeutung ihres Landes. Gleichwohl bedurften sie einer politischen Idee, um ihren Machterhalt gegen innen durchzusetzen. Als KommunistInnen sahen sie im Modell der Arbeiterselbstverwaltung eine befriedigende Lösung, die sie immer wieder pragmatisch, oft auch chaotisch, an die Realitäten anzupassen versuchten. Theoretisch zumindest gehörten in Jugoslawien die Fabriken den ArbeiterInnen, und sie hatten in allen betrieblichen Fragen ein grosses Mitspracherecht. «Mit diesem jugoslawischen Experiment ist der Selbstverwaltungsgedanke in unserer Zeit zu neuem Leben erweckt worden», sagte Künzli im Berner Volkshaus, «und dieses Experiment ist auch für uns von grundsätzlicher Bedeutung.»

Tito auf der Titelseite des SP-Infoblatts

Die Ideen im SP-Programmentwurf wurden in der Parteibasis nicht überall mit derselben Euphorie diskutiert. Auf dem Titelblatt des Informationsbulletins der Zürcher Parteisektion prangte jedoch 1980 neben Marx, Che Guevara und Exponenten des Eurokommunismus auch ein Tito-Porträt. Den Zürcher GenossInnen ging es, ebenso wenig wie Künzli, um eine «Übertragung des jugoslawischen Modells auf die doch etwas anderen Bedingungen der Schweiz». Aber man wollte vom sozialistischen Jugoslawien lernen. Das Selbstverwaltungssystem erklärten sie – um Parallelen bemüht – als «eine Art betrieblicher Referendums-Demokratie». Schon im Abstimmungskampf um die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund Anfang der siebziger Jahre lancierte Mitbestimmungsinitiative, mittels derer die Wirtschaft demokratisiert werden sollte, wurde Jugoslawien als Vergleichsgrösse gehandelt. Selbst der Bundesrat ging 1973 in seinem Gegenvorschlag zur Initiative explizit auf das jugoslawische «Mitbestimmungsmodell» ein.

Anleihen am jugoslawischen System wurden damals in der Schweiz jedoch auch von ganz anderer Seite aufgegriffen. Führende Militärexperten studierten mit grossem Interesse das Verteidigungskonzept Jugoslawiens. Beide Länder waren nicht in Bündnissysteme integriert, standen exponiert zwischen den Militärblöcken und waren in der Abwehr demnach auf sich selbst gestellt. Und auch der einzig vorstellbare Gegner war derselbe: der sowjetisch geführte Warschauer Pakt. Als in den siebziger Jahren der Bundesrat die Ausarbeitung einer Gesamtverteidigungskonzeption in Auftrag gab, schielten manche BeamtInnen auf das jugoslawische System der «totalen Verteidigung». Der gemeinsame föderalistische Staatsaufbau schlug sich auch im militärischen Dispositiv nieder: Einer operativ agierenden, schlagkräftigen Feldarmee stand in Jugoslawien – ähnlich wie in der Schweiz – eine lokal verankerte Territorialverteidigung zur Seite. Ein in der Verfassung verankertes Kapitulationsverbot demonstrierte den unbedingten Widerstandswillen gegen den potenziellen Invasor aus dem Osten. «In diesem Punkte», schrieb Josef Jäger, Chefredaktor der strammbürgerlichen «Schweizerischen Politischen Korrespondenz», «kann uns Jugoslawien als Geistesverwandter, vielleicht als Vorbild gelten.»

Von Jugoslawien lernen heisst siegen lernen

Wie kann die Souveränität der Eidgenossenschaft verteidigt werden? Den Militärstrategen erschien ein konventioneller und/oder nuklearer Krieg zwischen den Machtblöcken in Europa als einziges unmittelbar existenzielles Bedrohungsszenario. Ein Flankenangriff des Warschauer Pakts gegen die Nato hätte über die Schweiz führen können. Verhindern konnte dies einzig das Abschreckungspotenzial massiver Festungswerke, mobil einsetzbarer Panzerdivisionen und einer schlagkräftigen Luftwaffe. Der neutrale Kleinstaat würde die geballte Macht der Roten Armee jedoch nicht an der Landesgrenze aufhalten können. Es musste mit einer zumindest teilweisen Besetzung des Territoriums gerechnet werden. Sich für diesen Fall des Widerstands im feindbesetzten Gebiet vorzubereiten, war im Stab für Gesamtverteidigung die Aufgabe einer Studiengruppe mit dem gut eidgenössischen Akronym «Rewi»: Résistance/Widerstand. Freilich verfügte die von zwei Weltkriegen verschonte Schweiz über keinerlei praktische Erfahrung auf diesem Gebiet. Von wem konnte die Studiengruppe Rewi etwas lernen? Natürlich von Jugoslawien.

Im Dezember 1979 übernahm der Strategieexperte Albert A. Stahel, langjähriger Mitarbeiter im Stab für Gesamtverteidigung, das Präsidium der Rewi. Für ihn spielte das einzige Land, das im Zweiten Weltkrieg einen erfolgreichen Partisanenkrieg gegen die Besatzungsmacht geführt hatte, eine zentrale Rolle. Wer den Guerillakrieg planen wolle, müsse «dort nachsehen, wo die Deutschen wirklich auf den Sack bekommen haben», so Stahel: in Jugoslawien. In seiner 1980 veröffentlichten Habilitationsschrift erhob er historisches Datenmaterial zu asymmetrischen Konflikten in Jugoslawien, China und dem Südsudan, anhand derer er Szenarien und Strategien für die Entwicklung einer schweizerischen «Totalguerilla» modellierte. Die aus seinen Studien gewonnenen Erkenntnisse wollte Stahel in die Gesamtverteidigungskonzeption einfliessen lassen. Ein zentrales Anliegen war es, dass sich das Militär, die Verwaltung (von der Bundesebene bis hinab zu den einzelnen Gemeinden) sowie die gesamte Bevölkerung auf den Widerstand im Besatzungsfall vorbereiten sollten. Stahel war überzeugt: «Wenn ein Staat keinerlei politische, militärische, psychologische und technische Vorbereitungen für einen Kleinkrieg im Aggressionsfall» treffen würde, gäbe es, wenn es hart auf hart käme, keinerlei Erfolgsaussichten.

1980 wurden jugoslawische Konzepte also sowohl in der SP wie auch bei der Rewi eifrig rezipiert und diskutiert. Für den Vielvölkerstaat selbst war 1980 ein Schicksalsjahr: Anfang Mai starb mit Staatschef Tito der greise Übervater des sozialistischen Jugoslawien. Das Regime setzte auf Kontinuität. Lange Jahre hatte man sich auf den Hinschied des «Alten» vorbereiten können. Niemand bedrohten mit dem Ableben der Integrationsfigur zentrifugale Kräfte die Stabilität des Systems. Dazu kamen die Folgen einer jahrzehntelangen Schuldenpolitik, die sich bald zu einer prekären Finanz- und Wirtschaftskrise auswuchsen. Aus westlicher Sicht herrschte im Jahr nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan vor allem die Angst vor, Moskau könnte die Schwäche Belgrads ausnutzen, um den jugoslawischen Renegaten zurück in den Ostblock zu holen. Seit 1948 war Jugoslawiens Wirtschaft kontinuierlich in das kapitalistische Freihandelssystem eingebunden worden. Mehr denn je galt es nun, Solidarität mit Belgrad zu zeigen.

«Umhegt, unterstützt und verstanden»

An Titos Beisetzung gab sich das Who's who der Weltpolitik die Klinke in die Hand. Auch die Schweiz wollte nicht abseits stehen. Obwohl der Bundesrat damals noch sehr sparsam mit Besuchsreisen haushaltete, delegierte er nach eingehender Diskussion Aussenminister Pierre Aubert an die Trauerfeierlichkeiten. Es war erst das fünfte Mal überhaupt, dass die Landesregierung jemanden aus ihren Reihen an die Beerdigung eines fremden Staatsoberhaupts entsandte. «Es ist unserer Meinung nach wichtig, dass ein Land wie Jugoslawien (…) sich, während es sich unweigerlich mit der Nach-Tito-Ära auseinandersetzt, umhegt, unterstützt und verstanden fühlt», sagte Aubert bereits 1978 mit Blick auf die nun anbrechende Periode, «die schwierig, kompliziert und delikat werden wird für das Land selbst wie für den Frieden in Europa.» Als Jugoslawien 1982 vollends in die Schuldenkrise taumelte, war es nicht zufällig die Schweizer Diplomatie, die in Bern eine internationale Konferenz der Gläubigerstaaten einberief, um gemeinsam mit IWF und Weltbank ein Finanzhilfepaket für die darbende sozialistische Volkswirtschaft zu schnüren.

Hinter dem eidgenössischen Engagement für Jugoslawien standen selbstredend handfeste wirtschaftliche Interessen. Das Land war mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Osteuropa. Jugoslawien war nicht nur ein bewährter Absatzmarkt für traditionelle Exportgüter der chemisch-pharmazeutischen wie auch der Maschinen- und Elektroindustrie. In den Werften der Hafenstadt Rijeka liefen Frachtschiffe mit eingebauten Sulzer-Dieselmotoren vom Stapel. Die Escher Wyss AG hatte ihre Turbinen in ein Vorzeigekraftwerk im slowenischen Sostanj installieren können. In Zagreb produzierten Pharmafabriken Ciba-Medikamente in Lizenz. Kooperationsverträge entstanden jedoch auch in anderen Bereichen. Anders als die sowjetisch kontrollierten Staatshandelsländer verstand sich das liberale Jugoslawien auch als westlich orientierte Konsumgesellschaft. Ein Aushängeschild seines «Coca-Cola-Sozialismus» war die Lizenzproduktion bekannter Welthandelsmarken. Dazu gehörten seit den sechziger Jahren auch Knorr-Kartoffelstock, Maggi-Instantsuppen, Toblerone und Rivella – alles «made in Yugoslavia».

Das jugoslawische Gesellschaftsexperiment empfanden nicht nur manche Linken als interessantes und sympathisches Modell. Im Vergleich mit den Bürokratenregimes unter Moskaus Befehl lobte selbst die NZZ den hohen «Grad an Freiheit und Prosperität» im Land und sah hier den «Sozialismus mit menschlichem Gesicht» verwirklicht, den in Prag im August 1968 die sowjetischen Panzer platt gewalzt hatten. Aufgrund ihrer liberalen Tendenzen und des als pragmatisch apostrophierten Improvisationstalents der jugoslawischen Wirtschaftsleute stiess die jugoslawische Spielart des Sozialismus bis weit ins bürgerliche Lager auf Interesse. Die Finanzierung der Einkäufe sicherte sich das Regime durch Kredite – zu einem grossen Teil von Schweizer Banken. Jugoslawien verhiess Profit.

SP-Parteipräsident Helmut Hubacher war 1980 dennoch wenig begeistert von Arnold Künzlis Referat im Berner Volkshaus. Die Kritik des Realpolitikers am Entwurf der Programmkommission war vernichtend. «Zukunftsmusik auf der Kindertrompete», schalt er den von ihm in Auftrag gegebenen «grossen Wurf» und zerpflückte insbesondere Künzlis Anleihen am jugoslawischen Modell. Im November 1981 sollte die Delegiertenversammlung am SP-Parteitag den Programmentwurf der intellektuellen Fraktion wuchtig verwerfen. Im definitiven Programm ging es nicht mehr um den Aufbau eines demokratischen Sozialismus auf Basis der Selbstverwaltung.

Der «dritte Weg» als Inspiration

Für Schweizer Militärs blieb die jugoslawische Verteidigungskonzeption zwar von anhaltendem Interesse. Für sie war Jugoslawien ein Teil der strategisch bedeutsamen Pufferzone zwischen Nato und Warschauer Pakt, der auch die Schweiz angehörte. Mit dem Abschreckungspotenzial seiner «ernst zu nehmenden Streitkräfte» und der Fähigkeit zum «Kleinkrieg» gegen Invasionsarmeen stellte das Land für sie einen Stabilitätsfaktor an der Südflanke des Kontinents dar. Mit seiner Idee einer «Jugoslawisierung» der schweizerischen Verteidigungskonzeption sollte allerdings auch Albert A. Stahel scheitern. Die Idee, den Widerstand im Besatzungsfall im Sinne einer flächendeckenden schweizerischen Guerillastruktur in Armee und Zivilbevölkerung auf breiter Basis vorzubereiten, fand im Stab für Gesamtverteidigung keine Mehrheit. Mit dem künftigen Widerstand im feindbesetzten Gebiet betraute der Generalstab nun die ominöse Geheimarmee P-26. Die Rewi dagegen wurde 1983 offiziell aufgelöst.

Trotzdem: Kein anderes sozialistisches Land genoss während des Kalten Kriegs ein derart grosses Ansehen in breiten Gesellschaftskreisen der Schweiz. Von links bis rechts wurde der jugoslawische «dritte Weg» als diskussionswürdiges Modell gehandelt. Auch im Gefüge der internationalen Politik entwickelten sich die Beziehungen. Vor allem im Prozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ergab sich aus der Interessenkonvergenz zwischen der neutralen Schweiz und dem blockfreien Jugoslawien eine enge partnerschaftliche Kooperation. Seit 1969 verbrachten zudem jährlich über 100 000 schweizerische TouristInnen ihre Sommerferien an der kroatischen Adriaküste. In entgegengesetzter Richtung reisten derweil Scharen jugoslawischer Saisonniers zur Arbeitsannahme in der Schweiz. «Sozusagen ein Nachbar: Jugoslawien», titelte 1982 die katholische Wochenzeitung «Sonntag». Das vertraute Verhältnis änderte sich schlagartig ab 1990, als Jugoslawien in einer Reihe von Kriegen zerbrach.

Thomas Bürgisser: Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle im Kalten Krieg. Schweizerische Perspektiven auf das sozialistische Jugoslawien 1943–1991 (Quaderni di Dodis, 8), Bern 2017. 640 Seiten.

Die Publikationsreihe «Quaderni di Dodis» ist dem Open-Access-Prinzip verpflichtet. Das Buch kann unter www.dodis.ch/q8 kostenlos als PDF und in den Formaten der gängigen E-Reader heruntergeladen oder in Buchform als Print-on-Demand bestellt werden.

Von links bis rechts wurde der jugoslawische «dritte Weg» als diskussionswürdiges Modell gehandelt: Titelbild des Zürcher SP-Informationsbulletins, 1980. SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV / SOZARCH AR 140.30.2.

«Es ist wichtig, dass ein Land wie Jugoslawien sich verstanden fühlt»: Der vom Bundesrat delegierte Aussenminister Pierre Aubert bei den Trauerfeierlichkeiten für Tito im Mai 1980. FOTO: RETO HUEGIN. © STAATSARCHIV DES KANTONS AARGAU / RINGIER BILDARCHIV

Auf Augenhöhe: Die TurnerInnen Sepp Scheidegger (Satus, Schweiz) und Nada Spasic (Jugoslawien) 1952 in Zürich. FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV / FOTOALBUM Z / SOZARCH AR 129.7.

MENSCHEN AUS EXJUGOSLAWIEN IN DER SCHWEIZ

Auf den Spuren einer vielfältigen Migrationsgeschichte

Über 300 000 StaatsbürgerInnen Bosnien-Herzegowinas, des Kosovo, Kroatiens, Mazedoniens, Montenegros, Serbiens sowie Sloweniens leben heute in der Schweiz. Zu diesen kommen Zehntausende, die in den letzten Jahrzehnten das Schweizer Bürgerrecht erhalten haben. Einer von zwanzig Menschen hierzulande hat seine Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien. Sie oder ihre Eltern und Grosseltern wurden seit den sechziger Jahren von der Privatwirtschaft und öffentlichen Betrieben in Scharen angeworben, um den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur des Landes vorantreiben und zu sichern.

Sie betreiben Spitäler, Gastronomie- und Ingenieurunternehmen, Kultur-, Wirtschafts- und Wissenschaftsinstitute, bauen Häuser und Strassen, entwickeln, betreiben und warten Maschinen, ernten Obst und Gemüse, reinigen Büros und räumen den Müll weg.

In Tram, Bus und Zug, auf der Strasse und im Park, im Café, in der Bar und im Einkaufszentrum hört man ihre Sprache. Sie zahlen Steuern, sind im Verein, stimmen ab und werden in politische Ämter gewählt. Sie sind unsere Freundinnen und Nachbarn.

Als homogene Gruppe jedoch verstehen sich diese Menschen nicht. Die Zuschreibung «Jugo» kommt nur noch von aussen und meist in herabwürdigender Form – die undifferenzierte fremdenfeindlichen Diskurse der neunziger und nuller Jahre lassen grüssen.

Trotzdem: Die Tatsache, dass die Schweiz ihre Heimat geworden ist, geht auf die Beziehungen des Landes zum sozialistischen Jugoslawien zurück. Diese werden in einem neuen Buch erstmals aus der historischen Perspektive schweizerischer AkteurInnen aus Politik, Diplomatie, Verwaltung, Journalismus, Wissenschaft und Wirtschaft systematisch aufgearbeitet. Die Studie des WOZ-Autors Thomas Bürgisser belegt einen bemerkenswert intensiven Austausch auf verschiedenen Gebieten. Sie zeichnet auch das Gesamtbild einer Migrationsgeschichte, die als nachhaltigster Faktor der schweizerisch-jugoslawischen «Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle» den Staatszerfall des sozialistischen Vielvölkerstaats überdauert hat.

Als schweizerischer Imaginations- und Kommunikationsraum im Kalten Krieg offenbart Jugoslawien manche Überraschungen.

Wie könnte man für den Fall einer Besetzung eine schweizerische «Totalguerilla» entwickeln? Exkursionsteilnehmer Hinter der Frau: Albert A. Stahel. Offizieren vor der Zagreber Militärakademie.
FOTO: MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG VON ALBERT A. STAHEL